Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt

Nr. 9	München, den 30. April	1987
Datum	Inhalt	Seite
31. 3. 1987	Verordnung über den „Naturpark Haßberge“ 791-5-5-U	99
8. 4. 1987	Erste Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Zuständigkeit in richterrechtlichen und beamtenrechtlichen Angelegenheiten in der Justizverwaltung..... 2030-3-3-2-J	103
13. 4. 1987	Verordnung zur Änderung der Zulassungszahlverordnung 1986/87 2210-8-2-5-WK	104
14. 4. 1987	Dritte Verordnung zur Änderung der Qualifikationsverordnung..... 2210-1-1-3-K/WK	105
16. 4. 1987	Verordnung zur Änderung der Landesverordnung über technische Bühnenvorstände 215-2-2-I	114
21. 4. 1987	Verordnung über Feldes- und Förderabgaben 750-10-W	115

Dieser Ausgabe liegt die Karte „Naturpark Haßberge“ bei.

791-5-5-U

Verordnung über den „Naturpark Haßberge“

Vom 31. März 1987

Auf Grund von Art. 11 in Verbindung mit Art. 10 Abs. 2 Sätze 3 und 4, Art. 45 Abs. 1 Nr. 2 und Art. 37 Abs. 2 Nr. 1 des Bayerischen Naturschutzgesetzes – BayNatSchG – (BayRS 791-1-U), zuletzt geändert durch § 7 des Gesetzes vom 16. Juli 1986 (GVBl S. 135), erläßt das Bayerische Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen folgende Verordnung:

§ 1

Schutzgegenstand

(1) ¹Das Gebiet des Naturraums Haßberge sowie Teile der Naturräume Itz-Baunach-Hügelland und Grabfeldgau in den Landkreisen Bamberg, Haßberge, Rhön-Grabfeld und Schweinfurt wird in den in § 2 näher bezeichneten Grenzen als Naturpark festgesetzt. ²Das Gebiet hat eine Größe von ca. 80 400 Hektar.

(2) Der Naturpark erhält die Bezeichnung „Naturpark Haßberge“.

(3) Träger des Naturparks ist der „Verein Naturpark Haßberge e. V.“ mit Sitz in Haßfurt.

§ 2

Naturparkgrenzen

(1) Die Grenzen des Naturparks sind in einer Karte M = 1 : 100 000, die als **Anlage** Bestandteil dieser Verordnung ist, grob dargestellt.

(2) ¹Die genauen Grenzen des Naturparks sind in einer Karte M = 1 : 25 000 eingetragen, die beim Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen als oberster Naturschutzbehörde niedergelegt ist und auf die Bezug genommen wird. ²Maßgebend für den genauen Grenzverlauf ist der Eintrag in dieser Karte mit der Innenkante des Begrenzungsstrichs. ³Weitere Ausfertigungen dieser Karte befinden sich bei den Regierungen von Oberfranken und Unterfranken als höheren Naturschutzbehörden und bei den Landratsämtern Bamberg, Haßberge, Rhön-Grabfeld und Schweinfurt als unteren Naturschutzbehörden.

(3) Die Karten werden bei den in Absatz 2 genannten Behörden archivmäßig verwahrt und sind dort während der Dienststunden allgemein zugänglich.

§ 3

Schutzzone

(1) ¹Innerhalb des Naturparks wird eine Schutzzone festgesetzt, welche die Voraussetzungen eines Landschaftsschutzgebiets erfüllt. ²Die Schutzzone umfaßt die Bereiche, die in der in § 2 Abs. 1 genannten Anlage grob dargestellt sind.

(2) ¹Die genauen Grenzen der Schutzzone sind in der in § 2 Abs. 2 genannten Karte eingetragen, auf die Bezug genommen wird. ²Maßgebend für den genauen Grenzverlauf ist der Eintrag in dieser Karte mit der Innenkante des Begrenzungsstrichs.

§ 4

Schutzzweck

Zweck der Festsetzung des Naturparks ist es,

1. das Gebiet entsprechend dem Einrichtungsplan (§ 10 Nr. 1) zu entwickeln und zu pflegen,
2. die sich für die Erholung eignenden Landschaftsteile der Allgemeinheit zugänglich zu machen und zu erhalten, soweit die ökologische Wertung dies zuläßt,
3. in der Schutzzone
 - a) die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts zu erhalten und dauerhaft zu verbessern, insbesondere
 - erhebliche oder nachhaltige Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft zu verhindern
 - den Wald wegen seiner besonderen Bedeutung für den Naturhaushalt zu schützen
 - die heimischen Tier- und Pflanzenarten sowie ihre Lebensgemeinschaften und Lebensräume zu schützen,
 - b) die Vielfalt, Eigenart und Schönheit des für die unter § 1 genannten Naturräume typischen Landschaftsbildes zu bewahren,
 - c) eingetretene Schäden zu beheben oder auszugleichen.

§ 5

Besondere Vorschriften

¹Soweit für das Gebiet des Naturparks besondere naturschutzrechtliche Vorschriften bestehen, insbesondere solche über Naturschutzgebiete, Naturdenkmäler oder über den Schutz von Landschaftsbestandteilen und Grünbeständen, bleiben diese unberührt. ²Gleiches gilt, wenn künftig besondere naturschutzrechtliche Vorschriften erlassen werden.

§ 6

Verbote, Befreiung

(1) In der Schutzzone sind alle Handlungen verboten, die den Charakter des Gebiets verändern oder dem in § 4 Nr. 3 genannten besonderen Schutzzweck zuwiderlaufen, insbesondere alle Handlungen, die geeignet sind, die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, das Landschaftsbild, den Naturgenuß oder den Zugang zur freien Natur zu beeinträchtigen.

(2) Von den Verboten kann gemäß Art. 49 Bay-NatSchG im Einzelfall Befreiung erteilt werden.

§ 7

Erlaubnis

(1) Der Erlaubnis bedarf, wer innerhalb der Schutzzone Maßnahmen durchführen will, die die in § 6 genannten Wirkungen hervorrufen können.

(2) Insbesondere ist erlaubnispflichtig,

1. bauliche Anlagen aller Art im Sinn der Bayerischen Bauordnung (BayBO) zu errichten, zu erweitern oder ihre äußere Gestaltung wesentlich zu ändern, auch wenn sie einer baurechtlichen Genehmigung nicht bedürfen; hierzu zählen insbesondere
 - a) Gebäude aller Art (Art. 2 Abs. 2 BayBO), Verkaufs- und Ausstellungsstände, Automaten,
 - b) Einfriedungen aller Art (ausgenommen sokkellose Weide- und Forstkulturzäune ohne Verwendung von Beton),
 - c) wesentliche Veränderungen der Erdoberfläche durch Aufschüttungen, Abgrabungen, Ablagerungen oder in sonstiger Weise,
2. Straßen, Wege, Plätze oder Park-, Camping-, Sport-, Spiel- oder Badeplätze oder ähnliche Einrichtungen zu errichten oder wesentlich zu ändern oder Loipen anzulegen,
3. Seilbahnen, Skilifte, Seil- oder Schleppaufzüge zu errichten oder wesentlich zu ändern,
4. ober- oder unterirdisch geführte Draht-, Kabel- oder Rohrleitungen zu verlegen oder Masten und Unterstützungen aufzustellen (ausgenommen nicht ortsfeste Anlagen zur Beregnung von Sonderkulturen und sonstigen Feldfrüchten und zur Versorgung von Weidevieh mit Wasser und Zuleitungen zu elektrischen Weidezäunen),
5. Gewässer, deren Ufer, den Zu- und Ablauf des Wassers oder den Grundwasserstand zu verändern, neue Gewässer herzustellen oder Verlandungsbereiche von Gewässern, Quellbereiche oder Auebödenbereiche, insbesondere feuchte Wirtschaftswiesen oder -weiden sowie regelmäßig überschwemmte Auwälder durch Dränung oder Gräben zu entwässern oder trocken-zulegen, umzubrechen oder durch sonstige Maßnahmen nachhaltig zu verändern,
6. Erstaufforstungen und sonstige Bepflanzungen mit Gehölzen vorzunehmen, die nicht standortheimisch sind,
7. landschaftsbestimmende Bäume, Hecken oder sonstige Gehölze außerhalb des Waldes oder Felsblöcke zu beseitigen,
8. außerhalb von Straßen, Wegen oder Plätzen mit Kraftfahrzeugen aller Art zu fahren, diese dort abzustellen oder Verkaufswagen aufzustellen (ausgenommen zur land- und forstwirtschaftlichen Bewirtschaftung),
9. außerhalb zugelassener Plätze zu zelten, Wohnwagen abzustellen, dies zu gestatten oder im Rahmen der Erholungsnutzung offene Feuer zu entzünden,

10. außerhalb der dem öffentlichen Verkehr einschließlich dem Reiten gewidmeten Straßen, Wege oder Plätze oder außerhalb der mit Zustimmung des zuständigen Landratsamts als unterer Naturschutzbehörde als Reitwege gekennzeichneten privaten Wege oder Plätze zu reiten,
11. außerhalb von Flugplätzen mit Ultraleichtflugzeugen zu starten oder zu landen oder Flugmodelle zu betreiben,
12. Schilder, Bild- oder Schrifttafeln, Anschläge oder Schaukästen anzubringen (ausgenommen Hinweise auf den Schutz des Gebiets, behördliche Verbotstafeln, Verkehrszeichen, Verkehrseinrichtungen, Flußkilometer-Zeichen, Schilder für die Forst- und Waldeinteilung, Warntafeln, Ortshinweise, Wegemarkierungen oder zulässige Wohn- und Gewerbebezeichnungen an Wohn- und Betriebsstätten, sofern nicht Leuchtschrift verwendet wird).

(3) Unberührt bleibt die Erlaubnispflicht für verändernde Maßnahmen bei Naß- und Feuchtflecken sowie Mager- und Trockenstandorten gemäß Art. 6d Abs. 1 BayNatSchG.

(4) ¹Die Erlaubnis ist zu erteilen, wenn das Vorhaben keine der in § 6 genannten Wirkungen hervorrufen kann oder diese Wirkungen durch Nebenbestimmungen ausgeglichen werden können. ²Wird die Erlaubnis mit Nebenbestimmungen erteilt, kann eine Sicherheitsleistung verlangt werden. ³Die Vorschrift des Art. 6a Abs. 3 BayNatSchG über Ersatzmaßnahmen ist entsprechend anzuwenden.

(5) Die zuständige land-, forst- oder fischereiwirtschaftliche Fachbehörde ist zu beteiligen, soweit ihre Belange berührt sind.

(6) Die Erlaubnis wird gemäß Art. 13a Abs. 2 BayNatSchG durch eine nach anderen Vorschriften erforderliche behördliche Gestattung ersetzt; diese Gestattung darf nur erteilt werden, wenn die Voraussetzungen für die Erteilung der nach dieser Verordnung erforderlichen Erlaubnis vorliegen und die nach § 9 zuständige Naturschutzbehörde ihr Einvernehmen erklärt.

§ 8

Ausnahmen

Von den Beschränkungen dieser Verordnung bleiben ausgenommen

1. die ordnungsgemäße land-, forst- und fischereiwirtschaftliche Bodennutzung im Sinn des Art. 6 Abs. 2 BayNatSchG; unabhängig davon gilt jedoch § 7 Abs. 2 Nr. 5,
2. der Bau von land- oder forstwirtschaftlichen Straßen oder Wegen mit einer Fahrbahnbreite von nicht mehr als 3,50 m und ohne landschaftsstörenden Belag (Schwarzdecke, Beton o. ä.),
3. der Abbau von Bodenschätzen auf den in den Karten (§ 2 Abs. 1 und 2) gesondert eingetragenen Flächen; maßgebend für den Grenzverlauf ist die Karte nach § 2 Abs. 2,
4. die rechtmäßige Ausübung der Jagd und der Fischerei einschließlich des Jagd- und Fischereischutzes,

5. Maßnahmen zur Unterhaltung von Straßen, Wegen, Gewässern, deren Ufer und Deiche sowie Dränanlagen, Maßnahmen des Winterdienstes auf Straßen im notwendigen Umfang und zur Verkehrssicherung, soweit diese zur Abwehr akuter Gefahren erforderlich sind, Maßnahmen der Gewässeraufsicht,
6. der Betrieb, die Instandsetzung und die ordnungsgemäße Unterhaltung von bestehenden Energie-, Wasserversorgungs- oder Entsorgungsanlagen sowie von bestehenden Einrichtungen der Landesverteidigung, der Deutschen Bundespost und der Deutschen Bundesbahn,
7. die zur Erhaltung der Funktionsfähigkeit der Schutzzone notwendigen und von den Naturschutzbehörden angeordneten Überwachungs-, Schutz- und Pflegemaßnahmen.

§ 9

Zuständigkeiten

(1) Für die Erteilung der Erlaubnis und der Befreiung ist das Landratsamt als untere Naturschutzbehörde zuständig, in dessen Bereich das Vorhaben ausgeführt werden soll.

(2) Die Erteilung der Erlaubnis nach § 7 Abs. 2 Nr. 1 für Anlagen von überörtlicher Bedeutung (z. B. Freizeitzentren, Großhotels, Fernsehtürme, Kraftwerksanlagen), nach § 7 Abs. 2 Nr. 1 Buchst. c für großflächige Maßnahmen (ab 1 Hektar), nach § 7 Abs. 2 Nr. 3 für Seilbahnen und Skilifte, nach § 7 Abs. 2 Nr. 4 für Freileitungen ab 110 Kilovolt, nach § 7 Abs. 2 Nr. 5 für großflächige Entwässerungen sowie die Erteilung der Befreiung für Fälle überörtlicher Bedeutung bedarf der Zustimmung der örtlich zuständigen Regierung als höherer Naturschutzbehörde.

(3) Bei Vorhaben der Landesverteidigung und des Zivilschutzes entscheidet über die Befreiung nach Art. 49 Abs. 3 Satz 1 Halbsatz 5 BayNatSchG das Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen als oberste Naturschutzbehörde.

§ 10

Aufgaben des Naturparkträgers

Der Träger des Naturparks hat insbesondere

1. eine Planung zu erstellen, die vor allem die Maßnahmen zur Pflege des Gebiets und zu dessen Entwicklung zum Erholungsraum enthält (Einrichtungsplan), sie durchzuführen und bei Bedarf fortzuschreiben,
2. Maßnahmen des Naturschutzes, insbesondere Schutz und Pflege der Pflanzen- und Tierwelt, durchzuführen und zu fördern,
3. das Naturparkgebiet zu erhalten, zu gestalten und zu pflegen, insbesondere die Vielfalt, Eigenart und Schönheit des Landschaftsbildes für die Allgemeinheit zu bewahren,
4. die Erholung im Naturpark zu fördern,
5. die Bevölkerung über den Schutzzweck und die Maßnahmen im Naturpark zu unterrichten.

§ 11

Ordnungswidrigkeiten

(1) Nach Art. 52 Abs. 1 Nr. 3 BayNatSchG kann mit Geldbuße bis zu fünfzigtausend Deutsche Mark belegt werden, wer vorsätzlich oder fahrlässig eine nach § 7 Abs. 2 erlaubnispflichtige Maßnahme ohne die erforderliche Erlaubnis vornimmt.

(2) Nach Art. 52 Abs. 1 Nr. 6 BayNatSchG kann mit Geldbuße bis zu fünfzigtausend Deutsche Mark belegt werden, wer vorsätzlich oder fahrlässig einer vollziehbaren Nebenbestimmung in Form der Auflage zu einer Erlaubnis nach § 7 oder einer Befreiung nicht nachkommt.

(3) Die Einziehung von Gegenständen richtet sich nach Art. 53 BayNatSchG.

§ 12

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. Mai 1987 in Kraft.

München, den 31. März 1987

**Bayerisches Staatsministerium
für Landesentwicklung und Umweltfragen**

Alfred Dick, Staatsminister

2030-3-3-2-J

**Erste Verordnung
zur Änderung der Verordnung
über die Zuständigkeit in richterrechtlichen und
beamtenrechtlichen Angelegenheiten
in der Justizverwaltung**

Vom 8. April 1987

Auf Grund von Art. 73 Abs. 6 Satz 2 und Art. 78 Abs. 3 Satz 2 des Bayerischen Beamtengesetzes erläßt das Bayerische Staatsministerium der Justiz folgende Verordnung:

§ 1

Die Verordnung über die Zuständigkeit in richterrechtlichen und beamtenrechtlichen Angelegenheiten in der Justizverwaltung (BayRS 2030-3-3-2-J) wird wie folgt geändert:

1. In der Einleitungsformel wird „Art. 73 Satz 2, Art. 74 Abs. 3 Satz 2“ durch „Art. 73 Abs. 6 Satz 2, Art. 78 Abs. 3 Satz 2“ ersetzt.
2. § 4 erhält folgende Fassung:

„§ 4

Nebentätigkeit,
Beschäftigung oder Erwerbstätigkeit
von Ruhestandsbeamten

Die Befugnisse nach Art. 73 Abs. 6 Satz 1 und Art. 78 BayBG werden übertragen dem Präsidenten des Obersten Landesgerichts, dem Generalstaatsanwalt bei diesem Gericht, den Präsidenten der Oberlandesgerichte, den Generalstaatsanwälten bei den Oberlandesgerichten und den Leitern der Justizvollzugsanstalten.“

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Mai 1987 in Kraft.

München, den 8. April 1987

Bayerisches Staatsministerium der Justiz
Dr. M. Berghofer-Weichner
Staatsministerin

2210-8-2-5-WK

**Verordnung
zur Änderung der
Zulassungszahlverordnung 1986/87**

Vom 13. April 1987

Auf Grund von Art. 2 Abs. 1, Art. 3 und Art. 10 Abs. 2 des Gesetzes zur Ausführung des Staatsvertrags über die Vergabe von Studienplätzen (BayRS 2210-8-2-K) und Art. 1 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 des Gesetzes zur Überleitung von Zuständigkeiten auf das Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst vom 23. Dezember 1986 (GVBl S. 392) erläßt das Bayerische Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst folgende Verordnung:

§ 1

In § 1 Abs. 2 Buchst. a der Zulassungszahlverordnung 1986/87 vom 6. Juni 1986 (GVBl S. 90), geändert durch Verordnung vom 23. Februar 1987 (GVBl S. 78), werden bei den Zulassungszahlfestsetzungen für die Universität Würzburg beim Studiengang Medizin Vorklinik die Zulassungszahl für das 2. Fachsemester von „169“ durch die Zulassungszahl „174“, die Zulassungszahl für das 3. Fachsemester von „173“ durch die Zulassungszahl „175“ und die Zulassungszahl für das 4. Fachsemester von „168“ durch die Zulassungszahl „175“ ersetzt.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Mai 1987 in Kraft.

München, den 13. April 1987

**Bayerisches Staatsministerium
für Wissenschaft und Kunst**

Prof. W. Wild, Staatsminister

2210-1-1-3-K/WK

Dritte Verordnung zur Änderung der Qualifikationsverordnung

Vom 14. April 1987

Auf Grund von Art. 50 Abs. 1 Satz 3, Abs. 2 Sätze 2 und 3, Abs. 3 Satz 2, Abs. 4 Satz 1, Abs. 5, Abs. 6 Satz 2, Abs. 7 Satz 2 und Abs. 8, Art. 56 Abs. 2, Art. 71 Abs. 3 Sätze 1 und 3, Art. 98 Abs. 2 und Art. 103 Abs. 7 des Bayerischen Hochschulgesetzes (BayHSchG) in Verbindung mit Art. 1 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 des Gesetzes zur Überleitung von Zuständigkeiten auf das Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst vom 23. Dezember 1986 (GVBl S. 392) erlassen die Bayerischen Staatsministerien für Wissenschaft und Kunst und für Unterricht und Kultus folgende Verordnung:

§ 1

Die Verordnung über die Qualifikation für ein Studium an den Hochschulen des Freistaates Bayern und den staatlich anerkannten nichtstaatlichen Hochschulen - Qualifikationsverordnung - QualV - (BayRS 2210-1-1-3-K/WK), geändert durch Verordnung vom 9. Dezember 1983 (GVBl S. 1126, ber. 1984 S. 57), wird wie folgt geändert:

1. In § 2 Abs. 1 Satz 1 wird der Punkt durch ein Komma ersetzt und folgender Halbsatz angefügt:
„die an der Hochschule abzulegen ist, an der die Aufnahme des Studiums beabsichtigt ist.“
2. § 5 wird wie folgt geändert:
 - a) Nummer 3 erhält folgende Fassung:
„3. Zeugnis über die bestandene Begabtenprüfung;“,
 - b) in Nummer 4 Buchst. c werden die Worte „Unterricht und Kultus“ durch die Worte „Wissenschaft und Kunst“ ersetzt,
 - c) in Nummer 6 wird vor dem Wort „Hochschulreife“ das Wort „allgemeinen“ eingefügt.
3. In § 7 Abs. 2 werden die Worte „Unterricht und Kultus“ durch die Worte „Wissenschaft und Kunst“ ersetzt.
4. § 8 wird wie folgt geändert:
 - a) In Buchstabe a Nr. 2 wird in Spalte 2 nach dem Wort „Pädagogik“ das Wort „Schulpädagogik“ eingefügt,
 - b) Buchstabe b wird wie folgt geändert:
 - aa) Im Einleitungssatz werden die Worte „über die Ergänzungsprüfung zum Erwerb der Fachhochschulreife bei einem Notendurchschnitt nicht schlechter als 1,50“ ersetzt durch die Worte „der Fachhochschulreife gemäß § 17 Abs. 1 Satz 1 der Prüfungsordnung für die Ergänzungsprüfung zum Erwerb der Fachhochschulreife durch Absolventen von Fachakademien und von Technikerschulen mit staatlicher Abschlußprüfung (ErgPOFHR) vom 15. November 1984 (GVBl S. 532), geändert durch Verord-

nung vom 31. Juli 1986 (GVBl S. 260), bei einer Prüfungsgesamtnote sehr gut“,

- bb) Nummern 3 und 10 werden aufgehoben,
- cc) in Nummer 4 wird in Spalte 1 nach dem Wort „Fremdsprachenberufe“ das Fußnotenzeichen *) angefügt; der zugehörige Fußnotentext lautet:
„*) Gilt nur in weiterer Verbindung mit der Prüfungsurkunde über die Staatliche Prüfung für Übersetzer“,
- dd) in Nummer 7 wird in Spalte 2 nach dem Wort „Psychologie“ das Wort „Schulpädagogik“ eingefügt,
- ee) in Nummer 11 wird in Spalte 1 nach dem Wort „Sozialpädagogik“ das Fußnotenzeichen **) angefügt; der zugehörige Fußnotentext lautet:
„**) Gilt nur in Verbindung mit dem Nachweis über die Berechtigung zur Führung der Berufsbezeichnung „Staatlich anerkannte/r Erzieher/in“;
außerdem wird in Spalte 2 nach dem Wort „Psychologie“ das Wort „Schulpädagogik“ eingefügt,
- c) in Buchstabe c wird „vom 30. Dezember 1981 (GVBl 1982 S. 28)“ durch „(BayRS 2038-3-4-9-5-K)“ ersetzt sowie nach dem Wort „- Psychologie“ das Wort „- Schulpädagogik“ eingefügt,
- d) Buchstabe d wird wie folgt geändert:
 - aa) Die Worte „§ 8a der Studienordnung des Staatsinstituts für die Ausbildung von Fachlehrern“ werden durch die Worte „§ 29 der Studienordnung für das Staatsinstitut für die Ausbildung von Fachlehrern vom 9. August 1985 (GVBl S. 461)“ ersetzt,
 - bb) in den Nummern 1 und 2 wird in Spalte 2 nach dem Wort „Psychologie“ jeweils das Wort „Schulpädagogik“ eingefügt,
- e) Buchstabe e wird wie folgt geändert:
 - aa) Im Einleitungssatz werden die Worte „Unterricht und Kultus“ durch die Worte „Wissenschaft und Kunst“ ersetzt,
 - bb) in Nummer 5.21 wird in Spalte 2 vor dem Wort „Physik“ das Wort „Geophysik“ eingefügt,
- f) in Buchstabe f werden
 - aa) die Worte „Unterricht und Kultus“ durch die Worte „Wissenschaft und Kunst“ ersetzt sowie
 - bb) die Worte „1. das Zeugnis über die Diplommusikerprüfung an einer Hochschule für Musik oder ein vom Staatsministe-

rium für Unterricht und Kultus als gleichwertig anerkanntes Zeugnis sowie 2. vor Studienbeginn“ gestrichen,

- g) nach Buchstabe f wird folgender neuer Buchstabe g eingefügt:

„g) Abschlußzeugnis einer öffentlichen oder staatlich anerkannten privaten Fachakademie mit einer in Buchstabe b Spalte 1 genannten Ausbildungsrichtung in Verbindung mit dem Zeugnis über die Ergänzungsprüfung zum Erwerb der Fachhochschulreife bei einem Notendurchschnitt nicht schlechter als 1,50 in jedem der beiden Zeugnisse für einen jeweils in Buchstabe b Spalte 2 genannten Studiengang an einer wissenschaftlichen Hochschule oder Gesamthochschule;“;

die bisherigen Buchstaben g bis l werden Buchstaben h bis m,

- h) in Buchstabe h (neu) wird nach dem Wort „- Psychologie“ das Wort „- Schulpädagogik“ eingefügt,
 i) in Buchstabe i (neu) wird nach dem Wort „- Pädagogik“ das Wort „- Schulpädagogik“ eingefügt,
 j) in Buchstabe j (neu) wird nach dem Wort „- Psychologie“ das Wort „- Schulpädagogik“ eingefügt,

- k) Buchstabe k (neu) erhält folgende Fassung:

„k) Zeugnis über

- aa) die Erste Prüfung für das Lehramt an Volksschulen der ehemaligen Lehrerbildungsanstalten,
 bb) die bestandene Abschlußprüfung des ehemaligen Berufspädagogischen Instituts

jeweils für die Studiengänge

- Pädagogik

- Schulpädagogik;“.

5. § 9 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

- aa) Nummer 3 erhält folgende Fassung:

„3. Zeugnis über die bestandene Prüfung

- a) für den Hochschulzugang von besonders befähigten Berufstätigen,
 b) für die Zulassung zum Hochschulstudium ohne Reifezeugnis (Befähigungsprüfung);“;

- bb) in Nummer 6 wird vor dem Wort „Hochschulreife“ das Wort „allgemeinen“ eingefügt,

- b) in Absatz 2 wird der Satzteil „, in Zweifelsfällen im Einvernehmen mit dem Staatsministerium für Unterricht und Kultus,“ gestrichen,

- c) Absatz 3 Satz 3 wird aufgehoben,

- d) nach Absatz 3 wird folgender Absatz 4 angefügt:

„(4) ¹Das Nähere wird durch Richtlinien des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus im Benehmen mit dem Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst geregelt. ²Dort

kann für Entscheidungen gemäß Absatz 2 in Verbindung mit Absatz 1 Nrn. 4 und 5 das Einvernehmen des Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst, im übrigen das Einvernehmen des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus vorgesehen werden.“

6. In § 12 Abs. 1 Nr. 2 wird nach dem Wort „- Psychologie“ das Wort „- Schulpädagogik“ eingefügt.

7. § 14 wird wie folgt geändert:

- a) Nummer 1 Buchst. a erhält folgende Fassung:

„a) Reifezeugnisse, die nach dem Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über die Errichtung deutsch-französischer Gymnasien und die Schaffung des deutsch-französischen Abiturs sowie die Bedingungen für die Zuerkennung des Abiturzeugnisses (BayRS 2235-1-2-1-K) ausgestellt worden sind,“;

- b) in Nummer 2 Buchst. a werden die Worte „Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (Kultusministerkonferenz)“ durch das Wort „Kultusministerkonferenz“ ersetzt.

8. § 15 wird wie folgt geändert:

- a) Dem Absatz 3 wird folgender Satz 2 angefügt:

„Bei Deutschen wird die Anerkennung von der erfolgreichen Ablegung einer zusätzlichen Prüfung gemäß Absatz 4 Satz 2 Nr. 1 abhängig gemacht, sofern nicht die zuständige Stelle (Absatz 2 Satz 1) Befreiung erteilt.“;

- b) in Absatz 4 Satz 4 wird nach den Worten „zuständigen Stelle“ der Klammerzusatz „(Absatz 2 Satz 1)“ eingefügt,

- c) in Absatz 5 werden nach dem Wort „Kultus“ die Worte „im Benehmen mit dem Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst“ eingefügt.

9. § 16 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Satz 2 Nr. 1 werden die Worte „der Studiengang Sport“ durch die Worte „die Studiengänge Sport und Sportökonomie“ ersetzt,

- b) in Absatz 3 Satz 2 sowie in Absatz 4 Satz 2 werden nach dem Wort „vom“ die Worte „Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst im Benehmen mit dem“ eingefügt,

- c) Absatz 6 Satz 1 Halbsatz 2 erhält folgende Fassung:

„dabei wird jedes der beiden Spiele gemäß Absatz 4 Nr. 5 Buchst. a als ein Prüfungsgebiet gewertet.“;

- d) in Absatz 7 Satz 1 Nr. 1 werden die Worte „bei den Bewerbern“ gestrichen; außerdem wird nach „Absatz 4 Nr. 5“ „Buchst. a“ eingefügt,

- e) in Absatz 8 werden die Worte „deutschen Hochschule“ durch die Worte „Hochschule außerhalb des Freistaates Bayern im Geltungsbereich des Grundgesetzes“ ersetzt.

10. § 17 wird wie folgt geändert:
- In Absatz 2 Satz 1 wird nach dem Wort „Eignungsprüfung“ der Klammerzusatz „(einschließlich der Entscheidungen gemäß § 16 Abs. 8 und 9)“ eingefügt,
 - in Absatz 3 Satz 2 werden nach dem Wort „vom“ die Worte „Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst im Einvernehmen mit dem“ eingefügt.
11. In § 20 Abs. 1 Nr. 3 wird das Wort „zwölf“ durch das Wort „neun“ ersetzt.
12. § 27 wird wie folgt geändert:
- In Absatz 1 Satz 3 wird das Wort „Opernregie“ durch das Wort „Regie“ ersetzt,
 - Absatz 2 Satz 3 wird aufgehoben.
13. In § 28 Abs. 4 werden die Worte „Unterricht und Kultus“ durch die Worte „Wissenschaft und Kunst“ ersetzt.
14. § 29 wird aufgehoben.
15. § 31 Abs. 3 wird aufgehoben.
16. In § 34 Abs. 2 Nr. 4 werden die Worte „Unterricht und Kultus“ durch die Worte „Wissenschaft und Kunst“ ersetzt.
17. § 39 Satz 1 erhält folgende Fassung:
- „Die Fachhochschulreife wird nachgewiesen durch ein im Freistaat Bayern erworbenes Zeugnis der Fachhochschulreife
- einer öffentlichen oder staatlich anerkannten privaten Fachoberschule,
 - gemäß § 17 Abs. 1 Satz 1 ErgPOFHR in Verbindung mit
 - dem Abschlußzeugnis einer öffentlichen oder staatlich anerkannten privaten Fachakademie der Ausbildungsrichtungen
 - Augenoptik
 - Bauwesen
 - Fremdsprachenberufe (nur in Verbindung mit der Prüfungsurkunde über die staatliche Prüfung für Übersetzer)
 - Hauswirtschaft
 - Landwirtschaft
 - Medizintechnik
 - Wirtschaft,
 - dem Zeugnis über die Zusatzprüfung gemäß § 19a ErgPOFHR und dem Abschlußzeugnis einer öffentlichen oder staatlich anerkannten privaten Fachakademie der Ausbildungsrichtungen
 - Gemeindepastoral
 - Heilpädagogik
 - Sozialpädagogik (nur in Verbindung mit dem Nachweis über die Berechtigung zur Führung der Berufsbezeichnung „Staatlich anerkannte/r Erzieher/in“),
3. gemäß § 17 Abs. 1 Satz 1 ErgPOFHR für Absolventen eines Lehrgangs an einer öffentlichen Technikerschule zum Erwerb der Fachhochschulreife,
4. des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus oder einer von ihm beauftragten Stelle für Absolventen
 - des Aufbaulehrgangs „Verwaltung“ der Bundeswehrfachschulen,
 - eines Fachhochschulreifelehrgangs der Bundeswehrfachschulen,
 - eines Fachhochschulreifelehrgangs an Grenzschutzfachschulen,
5. des Telekollegs II.“
18. § 39a wird wie folgt geändert:
- Der bisherige Wortlaut wird Satz 1 mit der Maßgabe, daß die Worte „(oder Zeugnis über eine vom Staatsministerium für Unterricht und Kultus gleichgestellte Prüfung) jeweils in Verbindung mit dem Zeugnis über die staatliche Ergänzungsprüfung zum Erwerb der Fachhochschulreife“ durch die Worte „jeweils in Verbindung mit dem Zeugnis der Fachhochschulreife gemäß § 17 Abs. 1 Satz 1 ErgPOFHR“ ersetzt werden,
 - es wird folgender Satz 2 angefügt:
 „Satz 1 Nr. 3 gilt nur in Verbindung mit dem Nachweis über die Berechtigung zur Führung der Berufsbezeichnung „Staatlich anerkannte/r Erzieher/in“.“
19. § 39b wird wie folgt geändert:
- Der bisherige Einleitungssatz wird wie folgt ersetzt:
 „(1) Die Fachhochschulreife wird auch nachgewiesen durch ein im Freistaat Bayern erworbenes
 - Abschlußzeugnis einer öffentlichen oder staatlich anerkannten privaten Fachakademie in den Ausbildungsrichtungen
 - Augenoptik
 - Bauwesen
 - Fremdsprachenberufe
 - Hauswirtschaft
 - Landwirtschaft
 - Medizintechnik
 - Wirtschaft,
 jeweils in Verbindung mit dem Zeugnis der Fachhochschulreife nach der Prüfungsordnung für die Ergänzungsprüfung für Absolventen von Fachakademien mit staatlicher Abschlußprüfung zum Erwerb der Fachhochschulreife vom 10. Mai 1983 (GVBl S. 275),
 - Zeugnis der Fachhochschulreife des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus für Absolventen von Lehrgängen an öffentlichen Technikerschulen zum Erwerb der Fachhochschulreife.
 (2) Die Fachhochschulreife wird ebenfalls nachgewiesen durch ein“,

b) in Buchstabe a erhält der Einleitungssatz folgende Fassung:

„a) im Jahr 1982 oder früher erworbenes Abschlußzeugnis einer öffentlichen oder staatlich anerkannten privaten Fachakademie mit einer in Spalte 1 genannten Ausbildungsrichtung jeweils in Verbindung mit dem Zeugnis über die staatliche Ergänzungsprüfung zum Erwerb der Fachhochschulreife, jedoch nur für ein Studium in den in Spalte 2 genannten Studiengängen:“,

c) nach Buchstabe a wird folgender neuer Buchstabe b eingefügt:

„b) im Jahr 1987 oder früher erworbenes Abschlußzeugnis einer öffentlichen oder staatlich anerkannten privaten Fachakademie mit einer in § 39a Satz 1 Spalte 1 genannten Ausbildungsrichtung jeweils in Verbindung mit dem Zeugnis über die staatliche Ergänzungsprüfung zum Erwerb der Fachhochschulreife, jedoch nur für ein Studium in den in § 39a Satz 1 Spalte 2 genannten Studiengängen; § 39a Satz 2 gilt entsprechend.“,

d) der bisherige Buchstabe b wird Buchstabe c.

20. In § 41 Abs. 5 werden nach dem Wort „Kultus“ die Worte „im Benehmen mit dem Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst“ eingefügt.
21. In § 42 Abs. 4 Satz 2 werden die Worte „Unterricht und Kultus“ durch die Worte „Wissenschaft und Kunst“ ersetzt.
22. In § 45 Abs. 3 wird „vom 7. November 1980 (GVBl S. 364)“ durch „(BayRS 2210-4-1-4-1-WK)“ ersetzt.
23. In § 47 Abs. 1 Satz 1 werden die Worte „Unterricht und Kultus“ durch die Worte „Wissenschaft und Kunst“ ersetzt.
24. § 49 Abs. 2 wird wie folgt geändert:
- a) Der bisherige Wortlaut wird Satz 1,

b) es wird folgender Satz 2 angefügt:

„Satz 1 gilt nicht für Unterrichtsveranstaltungen, in denen Zulassungsvoraussetzungen für Prüfungen erworben werden können.“

25. In § 50 Abs. 3 werden die Worte „Unterricht und Kultus“ jeweils durch die Worte „Wissenschaft und Kunst“ ersetzt.

26. § 51 erhält folgende Fassung:

„§ 51

Abschlüsse an Unterrichtseinrichtungen, Eignungsprüfungen oder sonstige Prüfungen, die den im Ersten Teil aufgeführten Qualifikationen gleichwertig sind, können

1. soweit es sich um solche außerhalb des Hochschulbereichs handelt, vom Staatsministerium für Unterricht und Kultus oder einer beauftragten Stelle,
2. soweit es sich um solche im Hochschulbereich handelt, vom Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst oder einer beauftragten Stelle

im Einzelfall als Qualifikation im Sinn der §§ 1 bis 3 anerkannt werden.“

27. Anlage 3 (zu § 40 Abs. 1 Nr. 2) erhält die Fassung der Anlage zu dieser Verordnung.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Mai 1987 in Kraft.

München, den 14. April 1987

**Bayerisches Staatsministerium
für Wissenschaft und Kunst**

Prof. W. Wild, Staatsminister

**Bayerisches Staatsministerium
für Unterricht und Kultus**

I. V. Hans Maurer, Staatssekretär

Anlage„Anlage 3

(zu § 40 Abs. 1 Nr. 2)

Besondere Bildungswege

- 1.1 Baden-Württemberg Berufskolleg für angewandte Grafik in Verbindung mit einem zusätzlichen Unterrichtsangebot und Zusatzprüfung (ab Sommer 1986)
- 1.2 Baden-Württemberg Berufskolleg für Hauswirtschaft und Textilarbeit in Verbindung mit einem Beiprogramm und Zusatzprüfung (ab Sommer 1981)
- 1.3 Baden-Württemberg Einjähriges Berufskolleg zum Erwerb der Fachhochschulreife (ab Sommer 1982)
- 1.4 Baden-Württemberg Fachschule für das Hotel- und Gaststättengewerbe in Verbindung mit einem zusätzlichen Unterrichtsangebot und Zusatzprüfung
- 1.5 Baden-Württemberg Fachschule für
- Betriebswirtschaft
 - Datenverarbeitung und Organisation
 - Drogerie
- jeweils in Verbindung mit einem zusätzlichen Unterrichtsangebot und Zusatzprüfung (ab Sommer 1982)
- 1.6 Baden-Württemberg Fachschule für Technik, Fachrichtung
- Bautechnik, Schwerpunkt Hochbau/Schwerpunkt Tiefbau
 - Bekleidungstechnik, Schwerpunkt Fertigung/Schwerpunkt Gestaltung
 - Biotechnik
 - Chemietechnik, Schwerpunkt Laboratoriumstechnik
 - Drucktechnik, Schwerpunkt Repro/Satz/Schwerpunkt Druck/Druckverarbeitung
 - Elektrotechnik, Schwerpunkt Energieelektronik/Schwerpunkt Nachrichtenelektronik/Schwerpunkt Datenelektronik
 - Farb- und Lacktechnik, Schwerpunkt Lack- und Kunststofftechnik
 - Feinwerktechnik, Schwerpunkt Fertigungstechnik/Schwerpunkt Elektronik
 - Galvanotechnik
 - Gartenbau, Schwerpunkt Erwerbsgartenbau/Schwerpunkt Garten- und Landschaftsbau
 - Gießereitechnik
 - Heizungs-, Lüftungs- und Klimatechnik
 - Holztechnik, Schwerpunkt Betriebstechnik
 - Maschinentechnik, Schwerpunkt Automaten-technik/Schwerpunkt NC-Technik/Schwerpunkt Betriebstechnik/Schwerpunkt Blechverarbeitung/Schwerpunkt Fertigungstechnik/Schwerpunkt Konstruktion
 - Medizintechnik
 - Metallbautechnik
 - Physiktechnik
 - Sanitärtechnik
 - Textiltechnik, Schwerpunkt Maschentechnik/Schwerpunkt Spinnereitechnik/Schwerpunkt

- Textilveredelung/Schwerpunkt Webereitechnik
- jeweils in Verbindung mit einem zusätzlichen Unterrichtsangebot und Zusatzprüfung
(ab Sommer 1985)
- 1.7 Baden-Württemberg Gewerblich-technisches Berufskolleg in Teilzeitunterricht, Fachrichtung
- Bautechnik
 - Bekleidungstechnik
 - Elektrotechnik
 - Maschinentechnik
- jeweils in Verbindung mit einem zusätzlichen Unterrichtsangebot und Zusatzprüfung
(ab Sommer 1986)
- 1.8 Baden-Württemberg Telekolleg II (ab Sommer 1982)
- 2.1 Berlin Besonderer Lehrgang zum Erwerb der Fachhochschulreife für Absolventen der Fachschule für
- Optik und Fototechnik, Fachrichtung Augenoptik
 - Hauswirtschaftsleiter/-innen
- und für Absolventen der Fachklasse für
- Wirtschaftskorrespondenten
- 2.2 Berlin Besonderer Lehrgang zum Erwerb der Fachhochschulreife für Absolventen der Fachschule für
- Hotel- und Gaststättengewerbe
 - Sozialpädagogik (ab Frühjahr 1981)
- 2.3 Berlin Besonderer Lehrgang zum Erwerb der Fachhochschulreife für
- Absolventen der Fachschule für Optik und Fototechnik, Fachrichtung Kamera-Assistenz
 - Bekleidungstechniker
 - Fototechniker
 - Lebensmitteltechniker
 - Techniker, Fachrichtung Bautechnik
 - Techniker, Fachrichtung Feinwerktechnik
 - Techniker für Gartenbau
 - Techniker im Maler- und Lackiererhandwerk
 - Techniker, Fachrichtung Maschinentechnik
 - Techniker, Fachrichtung Versorgungstechnik (ab Frühjahr 1981)
- 2.4 Berlin Dreijährige Berufsfachschule für technische Assistenten für
- Elektrotechnik
 - chemisch-biologische Laboratorien
 - Metallographie und Werkstoffkunde
- 2.5 Berlin Volkshochschullehrgang zum Erwerb der Fachhochschulreife, der gemäß § 53 Satz 2 des Schulgesetzes für Berlin der Schulaufsicht unterliegt
- 3.1 Bremen Zweijährige kaufmännische Berufsfachschule mit anschließendem mindestens einjährigem einschlägigem Praktikum in einem anerkannten Ausbildungsbetrieb oder in einer öffentlichen Verwaltung (ab Sommer 1983)

- Elektrotechnik
- Farb- und Lacktechnik
- Feinwerktechnik
- Heizungs-, Lüftungs- und Klimatechnik
- Holztechnik
- Hüttentechnik
- Maschinentechnik
- Metallbautechnik
- Mühlenbautechnik
- Müllereitechnik
- Sanitärtechnik
- Schiffbautechnik
- Steintechnik
- Verfahrenstechnik
- Vermessungstechnik

jeweils in Verbindung mit einem zusätzlichen
Unterrichtsangebot und Zusatzprüfung
(ab Sommer 1984)

7.1	Nordrhein-Westfalen	Fachoberschule der Polizei
7.2	Nordrhein-Westfalen	Telekolleg II (ab Sommer 1982)
7.3	Nordrhein-Westfalen	Zweijährige Höhere Handelsschule mit anschließendem mindestens einjährigem einschlägigem Praktikum in einem anerkannten Ausbildungsbetrieb oder in einer öffentlichen Verwaltung (einschließlich entsprechend geregelter Bildungsgänge in der Kollegschule) (ab Frühjahr 1983)
7.4	Nordrhein-Westfalen	Zweijährige Höhere Handelsschule - Schwerpunkt Bürowirtschaft - mit anschließendem mindestens einjährigem gelenktem Praktikum in einem anerkannten Ausbildungsbetrieb oder in einer öffentlichen Verwaltung (einschließlich entsprechend geregelter Bildungsgänge in der Kollegschule) (ab Sommer 1986)
8.1	Rheinland-Pfalz	Fachschule für Sozialwesen, Bildungsgang für Erzieher in Verbindung mit einem zusätzlichen Unterrichtsangebot und einer Zusatzprüfung (ab Sommer 1988)
8.2	Rheinland-Pfalz	Telekolleg II (ab Sommer 1982)
9.1	Saarland	Fachschule für Betriebswirtschaft in Verbindung mit einem zusätzlichen Unterrichtsangebot und Zusatzprüfung (ab Sommer 1987)
9.2	Saarland	Fachschule für Sozialpädagogik (ab Sommer 1986)
9.3	Saarland	Telekolleg II (ab Sommer 1982)
9.4	Saarland	Zweijährige Höhere Handelsschule mit anschließendem mindestens einjährigem einschlägigem Praktikum in einem anerkannten Ausbildungsbetrieb oder in einer öffentlichen Verwaltung (ab 1983)
10.1	Schleswig-Holstein	Berufsfachschule für - Wirtschaftsassistenten, Schwerpunkt Fremdsprachen - Wirtschaftsassistenten, Schwerpunkt Rechnungswesen und Organisation

- Wirtschaftsassistenten, Schwerpunkt Sekretariat
 - chemisch-technische Assistenten
 - mathematisch-technische Assistenten
 - physikalisch-technische Assistenten
- jeweils in Verbindung mit einem zusätzlichen Unterrichtsangebot und Zusatzprüfung sowie mit anschließender einjähriger fachpraktischer Ausbildung (ab 1981)
- 10.2 Schleswig-Holstein Fachschule für Chemotechnik in Verbindung mit einem zusätzlichen Unterrichtsangebot und Zusatzprüfung
- 10.3 Schleswig-Holstein Fachschule für
- Sozialpädagogik
 - Hauswirtschaft (einschließlich Berufsausbildung oder zweijährigem Praktikum)
- jeweils in Verbindung mit einem zusätzlichen Unterrichtsangebot und Zusatzprüfung (ab 1982)
- 10.4 Schleswig-Holstein Fachschule für
- Wirtschaft
 - Technik / Schiffsbetriebstechnik - CT
- jeweils in Verbindung mit einem zusätzlichen Unterrichtsangebot und Zusatzprüfung (ab Sommer 1983)
- 10.5 Schleswig-Holstein Fachschule für Seefahrt
- Seeschifffahrt, Schwerpunkt Mittlere Fahrt
 - Seeschifffahrt, Schwerpunkt Mittlere Fahrt (verkürzt)
 - Funktechnik
- jeweils in Verbindung mit einem zusätzlichen Unterrichtsangebot und einer Ergänzungsprüfung (ab Frühjahr 1984)

215-2-2-I

Verordnung zur Änderung der Landesverordnung über technische Bühnenvorstände

Vom 16. April 1987

Auf Grund des Art. 38 Abs. 1 Nr. 3 des Landesstraf- und Ordnungsgesetzes erläßt das Bayerische Staatsministerium des Innern folgende Verordnung:

§ 1

Die Landesverordnung über technische Bühnenvorstände (BayRS 215-2-2-I) wird wie folgt geändert:

1. § 16 erhält folgende Fassung:

„§ 16

Bewertung, Ergebnis und Wiederholung der Prüfung

(1) ¹In jedem Prüfungsgebiet gemäß § 15 Abs. 2 sind die Prüfungsleistungen für jeden Prüfungsteil gesondert zu bewerten. ²Die Bewertung erfolgt in Notenstufen von 1 bis 6; § 18 der Berufsschulordnung vom 19. Juli 1983 (GVBl S. 759) gilt entsprechend. ³Die Note der schriftlichen Prüfung geht mit 40 v.H., die Note der praktischen Prüfung mit 30 v.H. und die Note der mündlichen Prüfung mit 30 v.H. in die Gesamtbewertung jedes Prüfungsgebiets ein.

(2) Der Bewerber hat die Prüfung bestanden, wenn keine Einzelprüfung mit Note 6 bewertet wurde und er in keinem Prüfungsgebiet eine schlechtere Gesamtbewertung als Note 4,2 erhalten hat.

(3) ¹Eine Wiederholung der Prüfung ist erst nach einer erneuten Ausbildung oder praktischen Tätigkeit zulässig. ²Der Prüfungsausschuß kann Art und Dauer der erneuten Ausbildung oder praktischen Tätigkeit festsetzen; ihre Dauer muß mindestens sechs Monate betragen.“

2. Dem § 17 wird folgender Absatz 2 angefügt:

„(2) Hat ein Bewerber die Prüfung nicht bestanden, so ist ihm das Prüfungsergebnis mitzuteilen.“

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Mai 1987 in Kraft.

München, den 16. April 1987

Bayerisches Staatsministerium des Innern

August R. L a n g, Staatsminister

750-10-W

Verordnung über Feldes- und Förderabgaben

Vom 21. April 1987

Auf Grund von § 32 des Bundesberggesetzes (BBergG), geändert durch Art. 8 des Gesetzes vom 24. April 1986 (BGBl I S. 560), und § 3 Abs. 1 der Verordnung über Zuständigkeiten zum Vollzug bergrechtlicher Vorschriften (BayRS 750-2-W), geändert durch Verordnung vom 22. Juni 1984 (GVBl S. 252), erläßt das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr im Einvernehmen mit dem Bayerischen Staatsministerium der Finanzen folgende Verordnung:

Inhaltsübersicht

Erster Teil

Erhebung und Bezahlung der Feldes- und Förderabgabe sowie Marktwertfeststellung

- § 1 Entstehung des Feldesabgabeanspruchs; Feldesabgabeerklärung
- § 2 Entstehung des Förderabgabeanspruchs; Förderabgabevoranmeldung; Förderabgabeerklärung
- § 3 Form, Inhalt und Berichtigung der Erklärungen
- § 4 Abgabefestsetzung
- § 5 Fälligkeit, Säumniszuschlag
- § 6 Aufzeichnungspflicht
- § 7 Prüfung
- § 8 Verjährung
- § 9 Feststellung des Marktwerts

Zweiter Teil

Feldesabgabe

- § 10 Abweichende Feldesabgabe

Dritter Teil

Förderabgabe

Abschnitt 1

Erdöl

- § 11 Begriffsbestimmungen
- § 12 Abgabesatz
- § 13 Marktwert
- § 14 Befreiung

Abschnitt 2

Erdgas und Erdölgas (Naturgas)

- § 15 Begriffsbestimmungen
- § 16 Abgabesatz
- § 17 Bemessungsmaßstab
- § 18 Befreiung

Abschnitt 3

Schwefel

- § 19 Abgabesatz, Marktwert

Abschnitt 4

Graphit

- § 20 Abgabesatz, Marktwert, Befreiung

Abschnitt 5

Sole, Erdwärme

- § 21 Befreiung

Abschnitt 6

Uran

- § 22 Abgabesatz, Marktwert, Befreiung

Abschnitt 7

NE- und sonstige Metalle

- § 23 Abgabesatz, Marktwert, Befreiung

Abschnitt 8

Ölschiefer, Lehmbraunkohle

- § 24 Abgabesatz

Vierter Teil

Ordnungswidrigkeiten, Inkrafttreten, Außerkrafttreten

- § 25 Ordnungswidrigkeiten
- § 26 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Erster Teil

Erhebung und Bezahlung der Feldes- und Förderabgabe sowie Marktwertfeststellung

§ 1

Entstehung des Feldesabgabeanspruchs; Feldesabgabeerklärung

(1) ¹Der Feldesabgabeanspruch entsteht mit der Wirksamkeit der Erlaubnis zur Aufsuchung von Bodenschätzen zu gewerblichen Zwecken. ²Erhebungszeitraum ist das Kalenderjahr.

(2) ¹Der Abgabepflichtige hat bis zum 31. Mai eines jeden Jahres für den vorausgegangenen Erhebungszeitraum eine Feldesabgabeerklärung abzugeben und bis zum gleichen Tag die Feldesabgabe zu entrichten. ²Das Oberbergamt kann die Frist

zur Abgabe der Feldesabgabeerklärung aus wichtigem Grund verlängern.

(3) Für Feldesabgaben auf Grund alter Rechte und Verträge im Sinn des § 149 BBergG gilt der 1. Januar 1982 als Beginn des ersten Jahres im Sinn des § 30 Abs. 3 Satz 1 BBergG.

§ 2

Entstehung des Förderabgabeanspruchs; Förderabgabevoranmeldung; Förderabgabeerklärung

(1) ¹Der Förderabgabeanspruch entsteht mit der Gewinnung des Bodenschatzes. ²Erhebungszeitraum ist das Kalenderjahr.

(2) ¹Der Abgabepflichtige hat nach Aufnahme der Gewinnung jeweils bis zum 25. Tag nach Ablauf eines Kalendervierteljahres (Voranmeldungszeitraum) eine Förderabgabevoranmeldung abzugeben und bis zum gleichen Tag die Abschlagszahlung auf die Förderabgabe zu entrichten. ²Der Abgabepflichtige braucht keine Förderabgabevoranmeldung abzugeben und keine Abschlagszahlung zu entrichten, wenn die Förderabgabe für den Erhebungszeitraum voraussichtlich nicht mehr als 50 000 DM betragen wird und er dies dem Oberbergamt bis zum 25. Tag des ersten Voranmeldungszeitraums anzeigt.

(3) Der Abgabepflichtige hat bis zum 31. Juli eines jeden Jahres für den vorausgegangenen Erhebungszeitraum eine Förderabgabeerklärung abzugeben und den die Summe der Abschlagszahlungen übersteigenden Betrag zu entrichten.

(4) Das Oberbergamt kann die Frist zur Abgabe der Förderabgabevoranmeldung und Förderabgabeerklärung aus wichtigem Grund verlängern.

(5) ¹Hat der Abgabepflichtige an der Bewilligung einen Dritten beteiligt, so kann das Oberbergamt auf Antrag zulassen, daß dieser die Förderabgabevoranmeldung und die Förderabgabeerklärung im Namen und für Rechnung des Abgabepflichtigen abgibt und die sich daraus ergebenden Zahlungen entrichtet, sofern er die abgaberechtliche Verpflichtung des Bundesberggesetzes und dieser Verordnung durch Erklärung gegenüber dem Oberbergamt übernimmt. ²Die Verpflichtungen des Abgabepflichtigen werden dadurch nicht berührt.

§ 3

Form, Inhalt und Berichtigung der Erklärungen

(1) ¹Die Feldes- und Förderabgabeerklärungen sowie die Förderabgabevoranmeldungen sind nach amtlich vorgeschriebenem Vordruckmuster beim Oberbergamt abzugeben. ²Der Abgabepflichtige hat die Abgabe in den Erklärungen selbst zu berechnen. ³Er hat die Abschlagszahlung erforderlichenfalls in Höhe der voraussichtlich auf den Voranmeldungszeitraum entfallenden Förderabgabe unter Berücksichtigung aller hierfür bedeutsamen Umstände zu schätzen.

(2) Der Abgabepflichtige hat schriftlich zu versichern, daß die Angaben in den Erklärungen wahrheitsgemäß sind.

(3) ¹Erkennt ein Abgabepflichtiger, daß eine von ihm abgegebene Erklärung unrichtig oder unvoll-

ständig ist und daß es dadurch zu einer zu geringen Zahlung von Feldes- oder Förderabgaben kommen kann oder bereits gekommen ist, hat er dies dem Oberbergamt unverzüglich anzuzeigen und die Erklärung zu berichtigen. ²Der nachzuentrichtende Betrag ist innerhalb von zwei Wochen nach Anzeige zu zahlen.

§ 4

Abgabefestsetzung

(1) Das Oberbergamt setzt die für den Erhebungszeitraum zu entrichtende Feldes- oder Förderabgabe durch Abgabebescheid fest.

(2) ¹Gibt der Abgabepflichtige die Feldes- oder Förderabgabeerklärung nicht rechtzeitig ab, hat das Oberbergamt nach vorheriger Fristsetzung die Abgabe zu schätzen, wenn ihm die Berechnungsgrundlagen nicht bekannt sind. ²Dabei sind alle Umstände zu berücksichtigen, die für die Schätzung von Bedeutung sind. ³Sätze 1 und 2 gelten entsprechend, wenn bei einer Prüfung die Berechnungsgrundlagen nicht ermittelt werden können.

(3) Gibt der Abgabepflichtige die Förderabgabevoranmeldung nicht rechtzeitig ab, gelten die Absätze 1 und 2 entsprechend.

(4) ¹Im Fall des § 2 Abs. 5 kann das Oberbergamt die Förderabgabe auch mit Wirkung gegen den Dritten festsetzen. ²Die Absätze 1 bis 3 gelten entsprechend.

(5) ¹Die Abgabefestsetzung kann, solange die Abgabe für den Erhebungszeitraum nicht abschließend geprüft ist, unter dem Vorbehalt der Nachprüfung erfolgen, ohne daß dies einer Begründung bedarf. ²Der Vorbehalt erlischt spätestens fünf Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem der Abgabebescheid wirksam geworden ist.

§ 5

Fälligkeit, Säumniszuschlag

(1) ¹Soweit die festgesetzte Feldes- oder Förderabgabe die auf sie bereits entrichteten Beträge übersteigt, ist sie einen Monat nach Bekanntgabe des Abgabebescheids fällig. ²Ein überzahlter Betrag wird dem Abgabepflichtigen oder im Fall des § 2 Abs. 5 dem Dritten erstattet.

(2) ¹Wird eine Abgabe oder eine Abschlagszahlung nicht bis zum Ablauf des Fälligkeitstags entrichtet, ist für jeden angefangenen Monat der Säumnis ein Säumniszuschlag von 1 v. H. des rückständigen auf hundert Deutsche Mark nach unten abgerundeten Betrags zu entrichten. ²Ein Säumniszuschlag wird bei einer Säumnis bis zu fünf Tagen nicht erhoben.

§ 6

Aufzeichnungspflicht

¹Der Abgabepflichtige hat zur Feststellung der Abgabe und der Grundlagen ihrer Berechnung nachprüfbar Aufzeichnungen in deutscher Sprache zu machen. ²Diese sind sechs Jahre aufzubewahren.

§ 7

Prüfung

(1) ¹Das Oberbergamt und seine Beauftragten sind berechtigt, die tatsächlichen und rechtlichen

Verhältnisse, die für die Berechnung der Abgabemaßgebend sind, zu prüfen. ²Die Prüfung soll dem Abgabepflichtigen spätestens einen Monat vor Beginn angekündigt werden.

(2) ¹Der Abgabepflichtige hat bei der Feststellung der Sachverhalte, die für die Berechnung der Abgaben von Bedeutung sein können, mitzuwirken. ²Er hat insbesondere Auskünfte zu erteilen, Aufzeichnungen, Bücher, Geschäftspapiere und andere Urkunden zur Einsicht und Prüfung vorzulegen und die zum Verständnis der Aufzeichnungen erforderlichen Erläuterungen zu geben. ³Er kann die Vorlage abwenden, wenn er der Prüfung während der üblichen Geschäfts- und Arbeitszeit in seinen Geschäftsräumen zustimmt.

(3) Das Ergebnis der Prüfung ist dem Abgabepflichtigen schriftlich mitzuteilen.

§ 8

Verjährung

(1) Der Anspruch auf Zahlung von Abgaben verjährt in fünf Jahren.

(2) Die Verjährung beginnt mit Ablauf des Kalenderjahres, in dem der Anspruch erstmals fällig geworden ist, jedoch nicht vor Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Festsetzung oder die Aufhebung oder Änderung der Festsetzung des Anspruchs wirksam geworden ist.

§ 9

Feststellung des Marktwerts

(1) Das Oberbergamt stellt den Marktwert für Bodenschätze im Sinn des § 31 Abs. 2 BBergG fest und teilt ihn dem Abgabepflichtigen ohne Begründung mit.

(2) ¹Der Abgabepflichtige hat dem Oberbergamt bis zum 31. März eines jeden Jahres die für die Feststellung des Marktwerts erforderlichen Angaben zu machen, insbesondere die für den vorausgegangenen Erhebungszeitraum marktwertbildenden Erlöse, Mengen und Preise mitzuteilen. ²§ 3 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2, § 6 sowie § 7 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 gelten entsprechend. ³Das Oberbergamt kann von der Mitteilungspflicht befreien, wenn die Feststellung des Marktwerts auf andere Weise sichergestellt ist.

(3) Nicht abgabepflichtige natürliche oder juristische Personen, die

1. Naturgas verkaufen (§ 17),
2. Graphit importieren (§ 20) oder
3. Urankonzentrat importieren (§ 22),

sind verpflichtet, dem Oberbergamt Auskünfte zu erteilen, soweit dies zur Feststellung des Marktwerts oder Bemessungsmaßstabs erforderlich ist.

(4) ¹Preis im Sinn dieser Verordnung ist der Quotient aus Erlös und Menge. ²Zum Erlös gehören nicht Umsatzsteuer sowie Skonti und Rabatte.

Zweiter Teil

Feldesabgabe

§ 10

Abweichende Feldesabgabe

(1) Die Feldesabgabe beträgt ab 1. Januar 1986 bis 31. Dezember 1995 für Erlaubnisse auf Erdöl und

Erdgas im ersten Jahr nach der Erteilung 40 Deutsche Mark je angefangenen Quadratkilometer und erhöht sich für jedes folgende Jahr um weitere 40 Deutsche Mark bis zum Höchstbetrag von 120 Deutsche Mark je angefangenen Quadratkilometer.

(2) Der Abgabepflichtige wird für den Zeitraum von der Entrichtung der Feldesabgabe befreit, für den das Oberbergamt einer Unterbrechung der Aufsuchungsarbeiten zugestimmt hat.

Dritter Teil

Förderabgabe

Abschnitt 1

Erdöl

§ 11

Begriffsbestimmungen

Im Sinn dieses Abschnitts sind

1. Feldesbehandlungskosten:

Die in einem fördernden Erdölfeld anfallenden Kosten für

- a) Transport vom Abgangsflansch am Bohrloch bis zur Aufbereitung einschließlich der anteiligen Energiekosten der Förderpumpen für den horizontalen Transport,
- b) Aufbereitung zur Herstellung eines raffinierfähigen Rohöls,
- c) transportbedingte Lagerung und Versand bis einschließlich Übergabestation,
- d) Beseitigung des bei der Aufbereitung anfallenden Wassers

bis zur Übergabestelle an einen Vorfluter oder an einen Dritten oder

durch Versenkung in einen bereits erschlossenen Schluckhorizont, wenn die Versenkung nicht gleichzeitig anderen Zwecken dient

sowie zentrale Verwaltungsgemeinkosten in Höhe von 20 v. H. der unter den Buchstaben a bis d aufgeführten Kosten.

2. Totöllagerstätten:

Lagerstätten von hochviskosem Erdöl mit geringer oder ohne Lagerstättenenergie.

3. Auflässige Lagerstätten:

Lagerstätten, aus denen die Förderung eingestellt worden ist und die neu aufgeschlossen werden müssen. Lagerstätte ist jeder Horizont mit förderfähigen Schichten. Als Lagerstätte gilt auch ein in sich abgegrenzter Lagerstattenteil.

4. Tertiärverfahren:

Verfahren zur Verbesserung des Entölungsgrades von Lagerstätten, bei denen die physikalischen oder chemischen Eigenschaften des Erdöls oder des Wassers in den Lagerstätten verändert werden. Dabei müssen die Mobilitätsverhältnisse in der Lagerstätte durch Verringerung der Visko-

sität des Erdöls, durch Erhöhung der Viskosität des Wassers oder durch Veränderung der Grenzflächenspannung zwischen Erdöl und Wasser oder Erdöl und Gestein verbessert werden.

5. Aufschluß gering permeabler Lagerstätten:

Eine hydraulische Behandlung einer gering permeablen Lagerstätte, bei der mit mehr als 100 m³ Behandlungsflüssigkeit und mehr als 25 t Stützmittel unter hohem Druck große Rißweiten erzielt werden.

6. Gewinnbare Vorräte:

Mengen, die nach dem jeweiligen Stand der Technik gewonnen werden können.

§ 12

Abgabesatz

(1) Die Förderabgabe für Erdöl beträgt vom 1. Oktober 1986 bis zum 31. Dezember 1987 5 v. H. des Marktwerts.

(2) Die Förderabgabe für Erdöl ermäßigt sich für Gebiete, mit deren Aufschluß in der Zeit vom 1. Januar 1987 bis zum 31. Dezember 1991 begonnen wird, für die Dauer von fünf Jahren ab Aufnahme der Gewinnung um 10 Prozentpunkte, höchstens jedoch um die Hälfte der sich aus Absatz 1 ergebenden Abgabe.

(3) ¹Die Förderabgabe für Erdöl, das

1. aus Totöllagerstätten,
2. aus auflässigen Lagerstätten,
3. aus Teufenbereichen von mehr als 6000 m und mit gewinnbaren Vorräten von weniger als 20 Mio t
4. mit Hilfe von Tertiärverfahren zusätzlich oder
5. mit Hilfe von Verfahren zum Aufschluß von gering permeablen Lagerstätten zusätzlich

gewonnen wird, beträgt ab Aufnahme der Gewinnung bis zum 31. Dezember 1995 10 v. H. des Marktwerts. ²Sie beträgt für denselben Zeitraum 15 v. H. des Marktwerts für Erdöl, das aus Teufenbereichen von mehr als 4000 m und mit gewinnbaren Vorräten von weniger als 5 Mio t oder aus Teufenbereichen von mehr als 6000 m und mit gewinnbaren Vorräten von 20 bis 30 Mio t gewonnen wird. ³Abweichend von den Sätzen 1 und 2 wird in den dort genannten Fällen vom 1. Januar 1987 bis zum 31. Dezember 1987 keine Förderabgabe erhoben.

(4) Die Regelungen der Absätze 1, 2 und 3 Satz 3 verlängern sich jeweils um ein Jahr, wenn nicht mit Wirkung vom 1. Januar des folgenden Jahres etwas anderes bestimmt wird.

§ 13

Marktwert

(1) Der Marktwert für Erdöl ist das gewogene Mittel der Preise in DM/t, die im Erhebungszeitraum für freigehandeltes, im Geltungsbereich des Bundesberggesetzes gewonnenes raffinierfähiges Erdöl einer Gruppe erzielt und unter Berücksichtigung von Preisen für importierte Rohöle gebildet worden sind.

(2) Das Erdöl wird folgenden Gruppen zugeordnet:

Gruppe	Dichte in g/cm ³ bei 15° Celsius
1	0,839 und kleiner
2	0,840 bis 0,859
3	0,860 bis 0,869
4	0,870 bis 0,879
5	0,880 bis 0,899
6	0,900 und größer
	unabhängig von der Dichte
7	2 v. H. Schwefel und mehr.

§ 14

Befreiung

¹Für die Zeit vom 1. Januar 1986 bis zum 31. Dezember 1995 wird der Abgabepflichtige von der Förderabgabe in Höhe des sich aus § 12 ergebenden Vomhundertsatzes der ihm im Erhebungszeitraum entstandenen Feldesbehandlungskosten befreit, soweit diese den Marktwert oder den nach § 31 Abs. 2 Satz 2 BBergG festgestellten Wert des in dem Erdölfeld geförderten Erdöls nicht übersteigen. ²Übersteigende Beträge können den Feldesbehandlungskosten des Erdölfeldes innerhalb der folgenden drei Erhebungszeiträume hinzugerechnet werden.

Abschnitt 2

Erdgas und Erdölgas (Naturgas)

§ 15

Begriffsbestimmungen

¹Im Sinn dieses Abschnitts sind

1. Feldesbehandlungskosten:

Die in einem fördernden Erdöl- oder Erdgasfeld anfallenden Kosten für

- a) Transport vom Abgangsflansch am Bohrloch bis zur Aufbereitung einschließlich Kompression,
- b) Aufbereitung zur Herstellung qualitätsgerechter Gase sowie der aus gewinnungstechnischen Gründen mitgewonnenen Bodenschätze,
- c) Beseitigung des bei der Aufbereitung anfallenden Wassers

bis zur Übergabestelle an einen Vorfluter oder an einen Dritten oder

durch Versenkung in einen bereits erschlossenen Schluckhorizont, wenn die Versenkung nicht gleichzeitig anderen Zwecken dient

sowie zentrale Verwaltungsgemeinkosten in Höhe von 20 v. H. der unter den Buchstaben a bis c aufgeführten Kosten.

2. Aufschluß gering permeabler Lagerstätten:

Eine hydraulische Behandlung einer gering permeablen Lagerstätte, bei der mit mehr als 200m³ Behandlungsflüssigkeit und mehr als 50 t Stütz-

mittel unter hohem Druck große Rißweiten erzielt werden.

² § 11 Nr. 6 gilt entsprechend.

§ 16

Abgabesatz

(1) Die Förderabgabe für Naturgas beträgt vom 1. Januar 1987 bis zum 31. Dezember 1987 5 v. H. des Bemessungsmaßstabs.

(2) Die Förderabgabe für Naturgas ermäßigt sich für Gebiete, mit deren Aufschluß in der Zeit vom 1. Januar 1987 bis zum 31. Dezember 1991 begonnen wird, für die Dauer von fünf Jahren ab Aufnahme der Gewinnung um 10 Prozentpunkte, höchstens jedoch um die Hälfte der sich aus Absatz 1 ergebenden Abgabe.

(3) ¹Die Förderabgabe für Naturgas, das

1. aus Teufenbereichen von mehr als 6000 m und mit gewinnbaren Vorräten von weniger als 20 Mrd. m³ (Vn)

2. mit Hilfe von Verfahren zum Aufschluß von gering permeablen Lagerstätten zusätzlich

gewonnen wird, beträgt ab Aufnahme der Gewinnung bis zum 31. Dezember 1995 10 v. H. des Bemessungsmaßstabs. ²Sie beträgt für denselben Zeitraum 15 v. H. des Bemessungsmaßstabs für Naturgas, das aus Teufenbereichen von mehr als 4000 m und mit gewinnbaren Vorräten von weniger als 5 Mrd. m³ (Vn) oder aus Teufenbereichen von mehr als 6000 m und gewinnbaren Vorräten von 20 bis 30 Mrd. m³ (Vn) gewonnen wird. ³ Abweichend von den Sätzen 1 und 2 wird in den dort genannten Fällen vom 1. Januar 1987 bis zum 31. Dezember 1987 keine Förderabgabe erhoben.

(4) Die Regelungen der Absätze 1, 2 und 3 Satz 3 verlängern sich jeweils um ein Jahr, wenn nicht mit Wirkung vom 1. Januar des folgenden Jahres etwas anderes bestimmt wird.

§ 17

Bemessungsmaßstab

¹Bemessungsmaßstab für Naturgas ist für die Zeit vom 1. Januar 1986 bis zum 31. Dezember 1995 der von dem Abgabepflichtigen im Erhebungszeitraum für im Geltungsbereich dieser Verordnung gewonnenes Naturgas erzielte Preis in DM/kWh einschließlich der Fortleitungskosten. ²Soweit Dritte auf Grund der Berechtigung des Abgabepflichtigen oder für seine Rechnung Naturgas verkaufen, tritt der von diesen erzielte Preis an die Stelle des in Satz 1 genannten Preises.

§ 18

Befreiung

¹Für die Zeit vom 1. Januar 1986 bis zum 31. Dezember 1995 wird der Abgabepflichtige von der Förderabgabe in Höhe des sich aus § 16 ergebenden Vomhundertsatzes der ihm im Erhebungszeitraum entstandenen Feldesbehandlungskosten befreit, soweit diese den nach § 17 ermittelten Wert des in dem Erdöl- oder Erdgasfeld geförderten Naturgases nicht übersteigen und nicht bereits nach § 14 berücksichtigt worden sind. ²Übersteigende Beträge können den Feldesbehandlungskosten des Erd-

öl- oder Erdgasfeldes innerhalb der folgenden drei Erhebungszeiträume hinzugerechnet werden.

Abschnitt 3

Schwefel

§ 19

Abgabesatz, Marktwert

(1) Die Förderabgabe für Schwefel beträgt vom 1. Januar 1986 bis zum 31. Dezember 1995 25 v. H. des Marktwerts.

(2) Der Marktwert für Schwefel ist das gewogene Mittel der Preise in DM/t, die im Erhebungszeitraum für im Geltungsbereich des Bundesberggesetzes gewonnenen freigehandelten Schwefel erzielt und unter Berücksichtigung von Preisen für importierten Schwefel gebildet worden sind.

Abschnitt 4

Graphit

§ 20

Abgabesatz, Marktwert, Befreiung

(1) Die Förderabgabe für Graphit beträgt vom 1. Januar 1986 bis zum 31. Dezember 1995 1 v. H. des Marktwerts.

(2) ¹Der Marktwert für Graphit ist das gewogene Mittel der Preise in DM/t, die im Erhebungszeitraum für importierten natürlichen kristallinen Graphit und für freigehandelten, im Geltungsbereich des Bundesberggesetzes gewonnenen Graphit erzielt worden sind. ²Die Preise für den im Geltungsbereich des Bundesberggesetzes gewonnenen Graphit werden auf die einfachste Handlungsstufe von 60 v. H. Kohlenstoffgehalt bezogen. ³Haben die importierten Graphitsorten einen wesentlich höheren Kohlenstoffgehalt als 60 v. H., können mit Zustimmung des Oberbergamts die durchschnittlichen Importpreise auf diese Stufe bezogen werden.

(3) Für die Zeit vom 1. Januar 1986 bis zum 31. Dezember 1995 wird der Abgabepflichtige von der Förderabgabe in Höhe des in Absatz 1 bestimmten Vomhundertsatzes der im Erhebungszeitraum entstandenen Kosten für die Aufbereitung befreit, soweit diese notwendig ist, um aus dem gewonnenen Rohgraphit einen verkaufsfähigen Graphit mit 60 v. H. Kohlenstoffgehalt herzustellen.

Abschnitt 5

Sole, Erdwärme

§ 21

Befreiung

Für die Zeit vom 1. Januar 1986 bis zum 31. Dezember 1995 wird der Abgabepflichtige von der Förderabgabe für Erdwärme und Sole, soweit diese natürlich vorkommt und für balneologische Zwecke verwendet wird, befreit.

Abschnitt 6

Uran

§ 22

Abgabesatz, Marktwert, Befreiung

(1) ¹Die Förderabgabe für Uran beträgt vom 1. Januar 1986 bis zum 31. Dezember 1995 bei einem Marktwert für 1 kg Urankonzentrat (U_3O_8)

von	100 DM bis 150 DM	1 v. H.,
von mehr als	150 DM bis 200 DM	3 v. H.,
von mehr als	200 DM	5 v. H.

des Marktwerts. ²Die Förderabgabe entfällt bei einem Marktwert von weniger als 100 DM/kg.

(2) Der Marktwert für Uran ist das gewogene Mittel der Preise in DM/kg, die im Erhebungszeitraum für freigehandeltes, im Geltungsbereich des Bundesberggesetzes gewonnenes Urankonzentrat (U_3O_8) erzielt und unter Berücksichtigung von Preisen für importiertes Urankonzentrat (U_3O_8) gebildet worden sind.

(3) Für die Zeit vom 1. Januar 1986 bis zum 31. Dezember 1995 wird der Abgabepflichtige von der Förderabgabe in Höhe des in Absatz 1 bestimmten Vomhundertsatzes der im Erhebungszeitraum entstandenen Kosten für die Aufbereitung befreit, soweit diese notwendig ist, um aus dem gewonnenen Roherz Urankonzentrat (U_3O_8) herzustellen.

Abschnitt 7

NE- und sonstige Metalle

§ 23

Abgabesatz, Marktwert, Befreiung

(1) Die Förderabgabe für die Bodenschätze Kupfer, Blei, Zink, Zinn, Wolfram, Kobalt, Molybdän, Arsen, Nickel, Gold und Silber beträgt vom 1. Januar 1986 bis zum 31. Dezember 1995 1 v. H. des Marktwerts.

(2) Der Marktwert für die in Absatz 1 genannten Bodenschätze ist jeweils das gewogene Mittel der Preise in DM je gehandelter Einheit (Tonne bzw. kg), die im Erhebungszeitraum jeweils für diese freigehandelten, im Geltungsbereich des Bundesberggesetzes gewonnenen Bodenschätze der einfachsten Handelsstufe erzielt und unter Berücksichtigung von Preisen für importierte Bodenschätze dieser Art gebildet worden sind.

(3) Für die Zeit vom 1. Januar 1986 bis zum 31. Dezember 1995 wird der Abgabepflichtige von der Förderabgabe in Höhe des in Absatz 1 bestimmten Vomhundertsatzes der im Erhebungszeitraum ent-

standenen Kosten für die Aufbereitung jeweils befreit, soweit diese notwendig ist, um aus dem gewonnenen Roherz das handelsfähige Produkt des Bodenschatzes herzustellen.

Abschnitt 8

Ölschiefer, Lehmbraunkohle

§ 24

Abgabesatz

Die Förderung für Ölschiefer und Lehmbraunkohle beträgt vom 1. Januar 1986 bis zum 31. Dezember 1995 1 v. H. des nach § 31 Abs. 2 Satz 2 BBergG festgestellten Werts.

Vierter TeilOrdnungswidrigkeiten,
Inkrafttreten, Außerkrafttreten

§ 25

Ordnungswidrigkeiten

Nach § 145 Abs. 3 Nr. 1 BBergG kann mit Geldbuße belegt werden, wer entgegen

1. § 3 Abs. 3 Satz 1 seiner Anzeige- und Richtigstellungspflicht,
2. § 6 seiner Aufzeichnungs- oder Aufbewahrungspflicht oder
3. § 9 Abs. 2 Satz 2 in Verbindung mit § 6 seiner Aufzeichnungs- oder Aufbewahrungspflicht

nicht nachkommt.

§ 26

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

(1) ¹Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1987 in Kraft. ²Abweichend hiervon treten § 3 Abs. 3 Satz 1, §§ 6, 9 Abs. 2 Satz 2 (soweit sich diese Bestimmung auf § 6 bezieht) und § 25 am 1. Mai 1987 in Kraft.

(2) ¹Die Verordnung über Feldes- und Förderabgaben (BayRS 750-10-W), zuletzt geändert durch Verordnung vom 15. September 1986 (GVBl S. 318), tritt mit Wirkung vom 31. Dezember 1986 außer Kraft. ²Abweichend hiervon treten § 4 Satz 1, §§ 9, 12 Abs. 2 Satz 2 (soweit sich diese Bestimmung auf § 9 bezieht) und § 38 am 30. April 1987 außer Kraft.

München, den 21. April 1987

**Bayerisches Staatsministerium
für Wirtschaft und Verkehr**

Anton J a u m a n n, Staatsminister

Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt

Süddeutscher Verlag

Postfach 20 22 20, 8000 München 2

Postvertriebsstück – Gebühr bezahlt

Herausgegeben von der Bayerischen Staatskanzlei, Prinzregentenstraße 7, 8000 München 22

Druck: Süddeutscher Verlag GmbH, Sendlinger Straße 80, 8000 München 2, Bezug nur durch den Verlag, Postfach 20 22 20, 8000 München 2, Postgirokonto München 63 611-87. Erscheint vierteljährlich voraussichtlich sechsmal. Bezugspreis jährlich DM 49,40 (einschließlich MwSt). Einzelnummer bis 8 Seiten DM 3,-, für weitere 4 angefangene Seiten DM -,70, ab 48 Seiten Umfang für je weitere 8 angefangene Seiten DM -,70 + Versand. Dieser Einzelverkaufspreis gilt auch für Gesetzblätter, die vor dem 31. Dezember 1983 ausgegeben worden sind.

ISSN 0005-7134